INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Ein verunsichertes gespaltenes Land

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 222 vom 24. September 2026

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 222 vom 24. September 2026, S. 8, unter dem Titel:

"Ein verunsichertes Land. Die Krisen belasten die Bevölkerung. Immer mehr sehen die Lösung in einem anderen politischen System."

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Was beunruhigt
	A	2	Weitaus stärkere persönliche Betroffenheit von der Krise als 2008/2009
	A	3	Reaktionen auf die Krise häufig schichtgebunden
	A	4	Gibt es noch Entscheidungsspielraum für Deutschland?
			<u>AfD-Anhänger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung:</u>
	A	5	- Demokratieverankerung
	A	6	- Politisches System und Haltung gegenüber Rußland
	A	7	- Demokratie vs. autoritäre Staatsformen
	A	8	- Werte und Prinzipien
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Jeden Zweiten belasten die Krisen und Risiken stark
		2	Was die Bürger am meisten beunruhigt
		3	Nur begrenztes Vertrauen in die Politik
		4	Systemzweifel
		5	Systemzweifel besonders ausgeprägt bei Anhängern der AfD
		6	Immer mehr der Eindruck weltanschaulicher Polarisierung

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Ein verunsichertes gespaltenes Land

Die vergangenen sieben Jahre waren von einer Aneinanderreihung multipler Krisen geprägt, die die Stimmungslage und das Zukunftsvertrauen der Bevölkerung angegriffen haben. Nur kurz konnten die Menschen nach der Pandemie aufatmen, ehe der Ukraine-Krieg ausbrach, die Energieversorgung in Gefahr geriet, die Inflation nach Jahrzehnten weitgehender Preisstabilität steil anstieg, die wirtschaftliche Schwächephase sich verfestigte und die Krise von Schlüsselindustrien die deutsche Selbstgewissheit angriff und schließlich die Reformdebatten in Jahrzehnten aufgelaufene Versäumnisse bewusst machten. Durch die Krisen und Herausforderungen fühlt sich die überwältigende Mehrheit belastet, jeder Zweite stark; nur 6 Prozent sind weitgehend unbeeindruckt.

Schaubild 1

Vor allem die wirtschaftlichen und militärischen Risiken beunruhigen die Bürger, aber auch politische Veränderungen. Nach wie

vor und neuerdings durch die Entwicklung der Energiepreise wieder angetrieben, löst die Inflation Ängste aus, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. 73 Prozent sind über die Preisentwicklung beunruhigt, 62 Prozent generell über die wirtschaftliche Lage; den angehobenen Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Monate und im nächsten Jahr traut die Mehrheit noch nicht, ihre Einschätzung der ökonomischen Perspektiven hat sich bisher nicht nennenswert verändert. Schaubild 2

Wie die Inflation waren auch militärische Risiken über Jahrzehnte weitgehend vom Radar der Bevölkerung verschwunden. Erst der Ukraine-Krieg zerstörte die Illusion langfristig gesicherter Friedenszeiten in Europa, und mittlerweile ist den meisten auch bewusst, dass selbst ein Ende dieses Krieges keine Entwarnung bringen würde. Die Bedrohung durch Drohnen und Cyberangriffe beunruhigt 60 Prozent der Bevölkerung, die russische Aggression jeden Zweiten. Dazu kommt die Politik des amerikanischen Präsidenten, die in diesen Krisenzeiten das Vertrauen in verlässliche Bündnisse unterminiert. Und auch die innenpolitischen Entwicklungen, die zunehmende Polarisierung, die mit dem Erstarken der AfD einhergeht, lösen tiefe Besorgnis aus, allerdings im Westen weitaus mehr als im Osten. Schaubild 2 Tabelle A 1

Die wirtschaftlichen Probleme greifen diesmal weitaus mehr in das Leben der Bürger ein als die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009. Damals zogen 41 Prozent die Bilanz, dass die Krise sie überhaupt nicht betrifft; heute gilt dies nur für 15 Prozent. Zwar sieht sich nur eine Minderheit von 13 Prozent stark betroffen; das ist jedoch eine Verdopplung gegenüber der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und mehr als verdoppelt hat sich auch der Anteil, der von begrenzten Auswirkungen der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage berichtet – von 20 auf 43 Prozent.

Tabelle A 2

Um die Belastungen und Risiken zu verarbeiten und sich nicht niederdrücken zu lassen, fokussieren sich die meisten auf ihr eigenes überschaubares und auch weitgehend beeinflussbares Leben. 74 Prozent sprechen mit Familie und Freunden über die aktuellen Ereignisse, 59 Prozent konzentrieren sich vor allem auf ihr persönliches Umfeld und ihr Leben. Knapp jeder Vierte versucht, der Nachrichtenlage auszuweichen und informiert sich bewusst nur wenig über das aktuelle Geschehen; umgekehrt informiert sich ein Drittel der Bevölkerung mehr als sonst.

Tabelle A 3

35 Prozent berichten von vermehrten Zukunftsängsten, 30 Prozent, dass sie das Vertrauen in Politik und Staat verloren haben, 27 Prozent von Ohnmachtsgefühlen. All diese Reaktionen treten in den schwächeren sozialen

Schichten signifikant häufiger auf als in den mittleren und höheren Schichten. So berichten in den schwächeren Schichten 48 Prozent von vermehrten Zukunftsängsten, in den höheren Schichten dagegen nur 22 Prozent. In Krisenzeiten driftet die Stimmungslage der sozialen Schichten stärker auseinander, da sich die höheren Schichten deutlich besser für unsichere Zeiten gerüstet fühlen. Tabelle A 3

Bei aller Besorgnis ist die große Mehrheit keineswegs fatalistisch gestimmt. Zwar ist der Bevölkerung bewusst, wie stark zurzeit exogene Einflüsse die Lage Deutschlands beeinflussen, seien es die geopolitischen Entwicklungen, Sicherheitsrisiken, die veränderte Wettbewerbssituation insbesondere durch die wachsende Bedeutung Chinas als Wettbewerber oder die Technologiesprünge, die die Arbeitswelt in den kommenden Jahren gravierend verändern werden. Nur jeder Fünfte zieht daraus jedoch den Schluss, dass Deutschland kaum Spielräume hat, seine Situation zu verbessern, sondern letztlich den globalen Entwicklungen und Entscheidungen in anderen Ländern ausgeliefert ist. Die überwältigende Mehrheit ist dagegen überzeugt, dass Deutschland auch in diesem Umfeld erheblichen Spielraum hat, die eigene Situation zu verbessern – vorausgesetzt, es werden die richtigen Entscheidungen getroffen. Tabelle A 4

Das Vertrauen, dass die Politik diese Entscheidungen trifft und die

Herausforderungen sukzessive erfolgreich bewältigt, ist zurzeit allerdings begrenzt. Ganze 7 Prozent haben aktuell großes Vertrauen in die Politik, 53 Prozent nur begrenztes Vertrauen. Jeder Dritte spricht der Politik dezidiert sein Misstrauen aus; vor fünf Jahren lag dieser Anteil nur bei 17 Prozent, stieg aber schon in der Zeit der Ampel-Regierung auf 28 Prozent. Die Langzeitbeobachtung zeigt allerdings, dass das derzeitige Stimmungsbild keineswegs völlig neu und einmalig ist. In der zweiten Amtszeit von Rot-Grün, die von Reformdebatten und unbefriedigenden Wirtschaftsdaten geprägt war, bekundeten nur 5 Prozent großes Vertrauen, dass die Politik die Probleme in den Griff bekommt, während 61 Prozent nur begrenztes und 27 Prozent keinerlei Vertrauen hatten.

Schaubild 3

Auch ein anderer Langzeittrend zeigt die Parallelen zu der Zeit, als die rot-grüne Regierung unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage die Agenda 2010 aufsetzte. 2003 war fast die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland unaufhaltsam auf eine große Krise zusteuert, die mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten nicht zu bewältigen ist, sondern nur durch grundlegende Veränderungen des politischen Systems. Auch 2005 lag dieser Anteil noch bei 44 Prozent und bildete sich erst in den Jahren danach bis auf 28 Prozent zurück. Dann nahmen die Systemzweifel wieder zu und

Schaubild 4

liegen zurzeit bei 42 Prozent und damit wieder nahe an dem Stimmungsbild von 2005.

Phasen der Verunsicherung und Reformdebatten unterminieren meist das Vertrauen in Regierungen. So lange in Bezug auf Reformen Spekulationen und Ängste die öffentliche Debatte bestimmen, haben Regierungen wenig Chancen, Anerkennung für ihren politischen Kurs zu gewinnen. Erst wenn die Reformen beschlossen und erste Erfolge sichtbar werden, verbessern sich die Chancen. Gerhard Schröder hat diese Erfahrung gemacht, als er nach einer fast aussichtslosen Ausgangssituation die auf 2005 vorgezogene Bundestagswahl in dem hochlaufenden Aufschwung fast noch gewonnen hätte.

Ein wesentlicher Unterschied im Vergleich zu damals ist jedoch die Existenz und Stärke einer Partei, die Systemzweifel zum Programm erklärt. Die Überzeugung, dass das politische System grundlegend verändert werden muss, ist überdurchschnittlich in Ostdeutschland und in den schwächeren sozialen Schichten verbreitet, vor allem jedoch unter Anhängern der AfD: 83 Prozent der Anhänger der AfD hängen dieser Position an, die bei den Anhängern aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien eine Minderheitenposition ist.

Schaubild 5

Die Frage ist jedoch, wie umfassend die Systemzweifel sind, ob sie sich grundsätzlich gegen die demokratische Ordnung richten oder

nur gegen die Ausgestaltung dieser Ordnung wie beispielsweise die föderale Struktur, die Regeln für Abstimmungsprozesse, die Gestaltung als repräsentative Demokratie weitgehend ohne plebiszitäre Elemente oder auch die Ausgestaltung des Wahlrechts. Es gibt weit verbreitet ein Unbehagen über die mühsamen Abstimmungsprozesse, die Langsamkeit der Entscheidungen, auch Zweifel am föderalen System und Wünsche nach mehr plebiszitären Elementen – ohne dass dies automatisch ein Votum gegen eine demokratische Grundordnung wäre, sondern Ausdruck der Überzeugung, dass diese Ordnung optimiert werden müsste.

Bei den Anhängern der AfD fällt auf, dass sie im Gegensatz zur Bevölkerung insgesamt in hohem Maße nicht Verbesserungen der demokratischen Ordnung anstreben, sondern Fundamentalkritik äußern. Nur eine Minderheit der Bevölkerung, aber 69 Prozent der AfD-Anhänger sind mit der demokratischen Grundordnung generell unzufrieden. Während zwei Drittel der Bevölkerung die Demokratie für die beste Staatsform halten, schließen sich nur 37 Prozent der AfD-Anhänger dieser Position an. Dass sich die Probleme des Landes im Rahmen der demokratischen Ordnung lösen lassen, davon ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, aber nur 23 Prozent der AfD-Anhänger.

Tabelle A 5

Die überwältigende Mehrheit der AfD-Sympathiesanten hält das derzeitige politische System für eine Scheindemokratie, die den Bürgern keinerlei Mitsprache erlaubt; 32 Prozent der Bevölkerung halten dieses Verdikt für gerechtfertigt, aber 73 Prozent der AfD-Anhänger. Nicht nur die exzessive Kritik fällt auf, sondern auch die geringe Bereitschaft, irgendetwas zugunsten dieser Gesellschaftsordnung gelten zu lassen. Für die Mehrheit der Bevölkerung steht außer Frage, dass das demokratische System viele Freiheiten garantiert; nur 25 Prozent der AfD-Anhänger sind bereit, dies anzuerkennen.

Tabelle A 6

Tabelle A 6

Auch wenn Systemzweifel zugenommen haben, traut nur eine Minderheit der Bevölkerung autoritären Systemen mehr zu. Das gilt für die Steuerung von Migration wie für die Bewältigung militärischer Risiken, aber auch für Felder wie Inflationsbekämpfung oder Energiepolitik. So sind 57 Prozent der Bürger überzeugt, dass die Demokratie den Herausforderungen der Flüchtlingspolitik eher gewachsen ist als autoritäre Staatsformen, die hier nur 24 Prozent im Vorteil sehen. 48 Prozent halten auch die Demokratie für besser geeignet, mit militärischen Krisen umzugehen, 25 Prozent autoritäre Staatsformen. Das Votum der AfD-Anhänger fällt jedoch anders aus. Von ihnen trauen nur 22 Prozent der Demokratie eher zu, die Herausforderungen von ungesteuerter Fluchtmigration zu lösen, 52 Prozent autoritären Systemen. 44 Prozent

Tabelle A 7

Tabelle A 7

halten autoritäre Systeme auch für besser geeignet, um mit militärischen Krisen umzugehen, 29 Prozent ein demokratisches System.

Damit ist die AfD in einem wirklich umfassenden Sinn eine Alternative für Deutschland: als Abkehr von der politischen Ordnung der Bundesrepublik wie auch dem Koordinatensystem, das die alte Bundesrepublik und auch die ersten Jahrzehnte des wiedervereinigten Deutschlands bestimmte. Die Mehrheit der Bevölkerung hält Werte und Prinzipien wie die Einbindung in die NATO und die EU, Weltoffenheit und Toleranz für essenziell, dagegen nur eine Minderheit der AfD-Anhänger: Nur jeder Dritte von ihnen hält die Einbindung in die NATO für wichtig, 31 Prozent die Mitgliedschaft in der EU, 25 Prozent Weltoffenheit. Entsprechend fällt auch die Reaktion auf aktuelle Entscheidungen wie beispielsweise die Unterstützung der Ukraine völlig anders aus. AfD-Anhänger votieren mit einer Zweidrittelmehrheit dafür, vor allem die Kontakte zu Russland wieder aufzubauen und zu stärken.

Tabelle A 8

Tabelle A 6

In der Bevölkerung wächst die Wahrnehmung tiefer ideologischer Gräben. 82 Prozent sind mittlerweile überzeugt, dass heute vor allem die politischen Überzeugungen die Menschen trennen und Deutschland immer mehr zu einem gespaltenen Land wird.

Schaubild 6

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1051
Befragungszeitraum:	4.09. bis 16.09.2026
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Was beunruhigt

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gib ja derzeit viele Krisen und Herausforderungen in Deutschland und der Welt. Was von dieser Liste beunruhigt Sie besonders?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Die gestiegenen Preise	73	72	77
Der Krieg in der Ukraine	70	68	80
Die Politik der USA unter Donald Trump	67	68	59
Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	62	60	72
Die Bedrohung durch Drohnen und Cyberangriffe	60	60	56
Dass es mit Deutschland ganz allgemein bergab geht	52	49	67
Die Stärke der AfD	50	53	38
Die Bedrohung durch Russland	50	52	39
Die allgemeine Unsicherheit, wie es weitergeht	49	48	57
Der Klimawandel	44	46	35
Der steigende Einfluss von künstlicher Intelligenz	39	38	45
Nichts davon	1	1	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023, September 2026

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Weitaus stärkere persönliche Betroffenheit von der Krise als 2008/2009

FRAGE: "Es ist ja ganz unterschiedlich, wie stark die Menschen von der schlechten wirtschaftlichen Lage bzw. der Wirtschaftskrise (2009: von der Krise) betroffen sind. Wie ist das bei Ihnen persönlich: Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?“

	Bevölkerung insgesamt	
	2009	2026
	%	%
Die Krise beeinflusst mein Leben bislang eigentlich gar nicht, und ich gehe davon aus, dass es auch so bleibt	41	15
Bisher beeinflusst die Krise mein Leben zwar nicht, aber ich befürchte, dass sich das bald ändern wird	32	26
Sie betrifft mich etwas, aber nicht so stark	20	43
Die Krise betrifft mich stark	6	13
Unentschieden, keine Angabe	1	3
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10037, 13023

Reaktionen auf die Krise häufig schichtgebunden

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es kann ja ganz unterschiedlich sein, wie die Menschen mit den Krisen und Herausforderungen auf der Welt umgehen. Wie gehen Sie damit um, was von der Liste trifft auf Sie zu?“

	Bevölk. insg.	Sozioökonom. Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Ich spreche mit Familie, Freunden oder Bekannten über aktuelle Ereignisse	74	64	75	80
Ich konzentriere mich vor allem auf mein persönliches Umfeld und mein Leben	59	58	63	49
Ich versuche, finanziell vorzusorgen oder Rücklagen zu bilden	36	23	38	44
Ich habe mehr Angst vor der Zukunft	35	48	35	22
Ich informiere mich mehr als sonst über aktuelle Entwicklungen	33	23	33	40
Ich habe Vertrauen in die Politik und den Staat verloren	30	38	31	22
Ich mache nichts anders als sonst	28	26	31	25
Ich fühle mich häufig machtlos und weiß nicht, wie ich damit umgehen soll	27	37	36	20
Ich suche bewusst Ablenkung, z.B. durch Sport, Hobbys oder Unterhaltung	27	18	30	27
Ich informiere mich bewusst nur wenig über das aktuelle Geschehen	23	26	23	19
Ich versuche, solche Themen möglichst auszublenden oder nicht darüber nachzudenken	22	29	23	12
Ich versuche, mich auf mögliche Krisen vorzubereiten, z. B. durch Vorräte oder Notfallvorsorge	17	12	19	19
Nichts davon	1	1	x	1

x=weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023, September 2026

Gibt es noch Entscheidungsspielraum für Deutschland?

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, wieweit Deutschland seine eigene Lage selbst in der Hand hat und beeinflussen kann. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
"Deutschland kann derzeit selbst nur wenig unternehmen, um die eigene Situation zu verbessern. Wir sind stark davon abhängig, was in der Welt passiert oder was andere Länder machen, z.B. Russland, die USA oder China. Da sind wir relativ machtlos."	20
"Das sehe ich anders. Natürlich beeinflusst das, was in der Welt geschieht, auch unsere Situation. Aber dennoch hat Deutschland große Spielräume und große Möglichkeiten, die eigene Situation zu verbessern, wenn die richtigen Entscheidungen getroffen werden."	69
Unentschieden	11
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023, September 2026

AfD-Anhänger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung: Demokratieverankerung

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System?“

Juni 2025	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der AfD %
Sehr zufrieden	13	-
Einigermaßen zufrieden	55	29
Nicht zufrieden	28	69
Weiß nicht	4	2
	100	100

- = keine Angabe

FRAGE: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?“

August 2024	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der AfD %
Beste Staatsform	67	37
Gibt andere, die besser ist	11	22
Unentschieden	22	41
	100	100

FRAGE: "Wenn jemand sagt, ‚Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben.‘ Würden Sie dem zustimmen oder nicht?“

August 2024	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der AfD %
Zustimmen	50	23
Nicht zustimmen	19	33
Unentschieden	31	44
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 13004, 12089

AfD-Anhänger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung: Politisches System und Haltung gegenüber Russland

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen einige Aussagen über unser politisches System. Was davon würden auch Sie sagen?“

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Auszug		
Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie, tatsächlich haben die Bürger nichts zu sagen	32	73
Unser politisches System garantiert viele Freiheiten	59	25
Deutschland sollte sich darum bemühen, die Kontakte zu Russland wieder aufzubauen und zu stärken	30	63

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12089

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

AfD-Anhänger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung: Demokratie vs. autoritäre Staatsformen

FRAGEN: "Zwei Ideen stehen heute in der Welt gegeneinander: autoritäre Staatsformen und die westliche Vorstellung von Freiheit und Demokratie. Was glauben Sie, welche Staatsform besser geeignet ist, um die Heraus-forderungen, vor denen wir aktuell stehen, zu lösen?

Wer hat Ihrer Meinung nach in der Regel den besseren Umgang mit Flüchtlingen: autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?“

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Autoritäre Staatsformen	24	52
Demokratie	57	22
Unentschieden	19	26
	100	100

"Und wer dürfte militärische Krisen oder einen Krieg wie den Ukraine-Krieg vermutlich besser besser bewältigen: autoritäre Staatsformen oder die Demokratie?“

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Autoritäre Staatsformen	25	44
Demokratie	48	29
Unentschieden	27	27
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023, September 2026

AfD-Anhänger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung: Werte und Prinzipien

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 17 Jahre

FRAGE: "Hier auf den Karten stehen verschiedene Werte und Prinzipien. Welche davon sind für Deutschland besonders wichtig?“

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Soziale Marktwirtschaft	68	60
Solidarität	62	48
Absicherung von Bedürftigen	59	47
Einbindung in die EU	58	31
Toleranz	56	32
Einbindung in die NATO	54	33
Weltoffenheit	50	25
Einsatz für Umwelt- und Klimaschutz	50	20
Orientierung an Fakten und Wissenschaft	49	36

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6187

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland – Allensbacher Berichterstattung für die Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

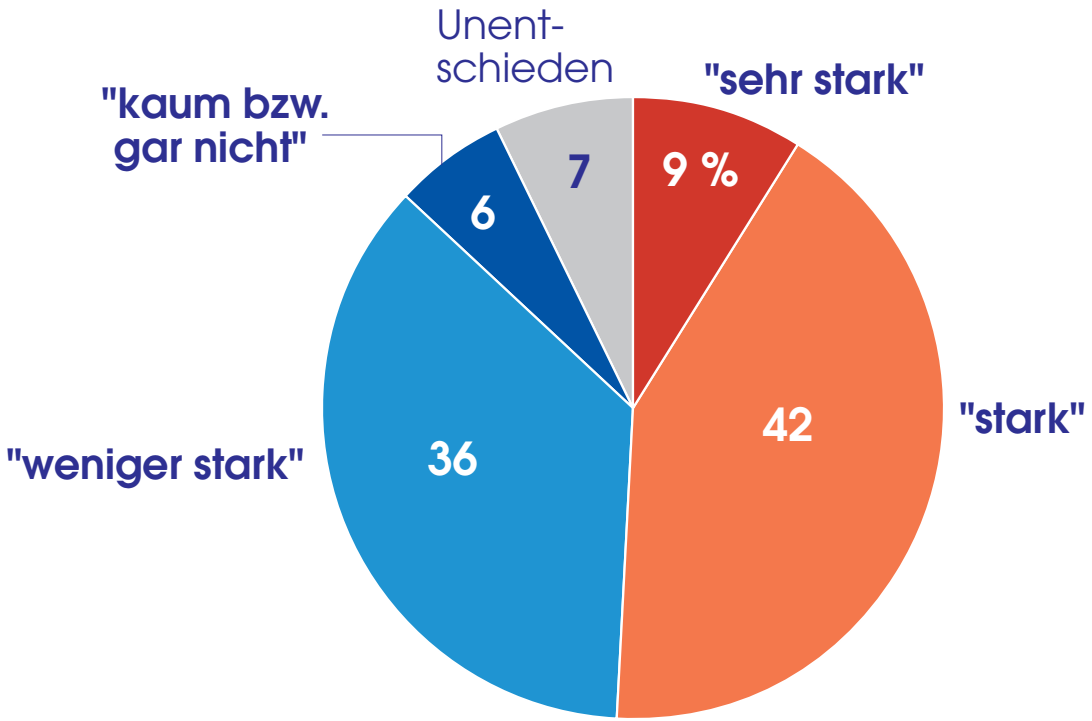
		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	**Jahresdurchschnitt**	**34,0**	**7,5**	**23,0**	**11,0**	**9,0**	**11,0**	**-**	**-**	**4,5**
2017:	**Jahresdurchschnitt**	**36,0**	**9,0**	**25,0**	**8,5**	**8,5**	**9,0**	**-**	**-**	**4,0**
2018:	**Jahresdurchschnitt**	**31,5**	**9,5**	**19,0**	**13,0**	**9,5**	**13,5**	**-**	**-**	**4,0**
2019:	**Jahresdurchschnitt**	**30,0**	**7,5**	**16,0**	**20,5**	**8,0**	**13,0**	**-**	**-**	**5,0**
2020:	**Jahresdurchschnitt**	**35,5**	**6,5**	**16,0**	**20,0**	**7,5**	**10,0**	**-**	**-**	**4,5**
2021:	**Jahresdurchschnitt**	**28,5**	**10,5**	**20,0**	**19,0**	**6,5**	**10,0**	**-**	**-**	**5,5**
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	**Jahresdurchschnitt**	**28,0**	**8,5**	**23,0**	**18,5**	**5,0**	**11,0**	**-**	**-**	**6,0**
2023:	**Jahresdurchschnitt**	**31,0**	**7,0**	**19,0**	**15,0**	**4,0**	**17,0**	**1,0**	**-**	**6,0**
2024:	**Jahresdurchschnitt**	**34,0**	**5,0**	**16,0**	**12,0**	**2,0**	**16,5**	**0,5**	**7,0**	**7,0**
Bundestagswahl 23.02.2025		28,5	4,3	16,4	11,6	8,8	20,8	1,5	5,0	3,1
	2. Halbjahr	27,0	4,0	15,0	11,5	10,0	24,0	-	3,5	5,0
	Jahresdurchschnitt	**29,0**	**4,0**	**15,5**	**11,5**	**8,5**	**22,5**	**-**	**4,0**	**5,0**
2026:	6. - 19. Januar	27,0	3,5	15,0	11,5	10,0	25,0	-	-	8,0
	6. - 19. Februar	27,0	4,0	16,0	12,0	10,0	24,0	-	-	7,0
	27. Feb. - 12. März	28,0	4,0	16,0	11,5	10,0	23,0	-	-	7,5
	23. März - 9. April	26,0	4,0	14,0	13,0	10,0	25,0	-	-	8,0
	18. bis 30. April	25,0	4,5	12,5	14,0	10,0	26,0	-	-	8,0
	22.Mai - 5.Juni	24,0	5,0	13,5	13,0	9,5	27,0	-	-	8,0
	5. - 17. Juni	24,0	5,5	12,5	13,0	10,0	28,0	-	-	7,0
	3. - 16. Juli	24,0	5,5	13,0	13,0	10,0	26,5	-	-	8,0
	1. - 13. August	22,5	6,0	13,0	13,0	11,0	27,5	-	-	7,0
	4. - 16. September	23,0	5,0	13,0	14,0	10,0	28,0	-	-	7,0

Befragt wurden in der aktuellen Umfrage persönlich-mündlich insgesamt 1.051 Personen.
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert
von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von
10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 13023

S c h a u b i l d e r

Jeden Zweiten belasten die Krisen und Risiken stark

Frage: "Wie sehr belasten Sie diese Krisen und Herausforderungen in der Welt? Würden Sie sagen, das belastet Sie ..."

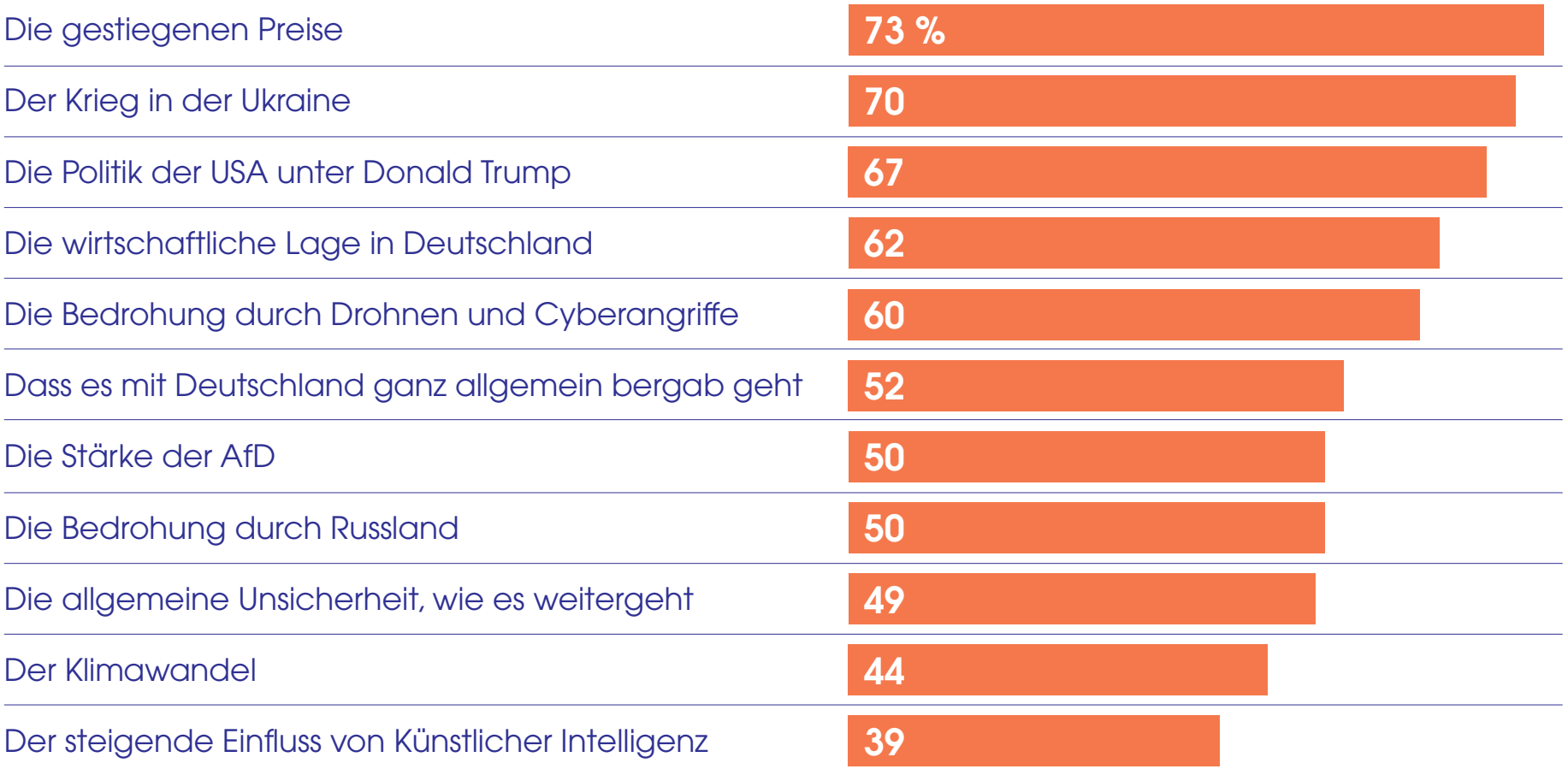


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023

© IfD-Allensbach

Was die Bürger am meisten beunruhigt

Frage: "Es gib ja derzeit viele Krisen und Herausforderungen in Deutschland und der Welt. Was von dieser Liste beunruhigt Sie besonders?"

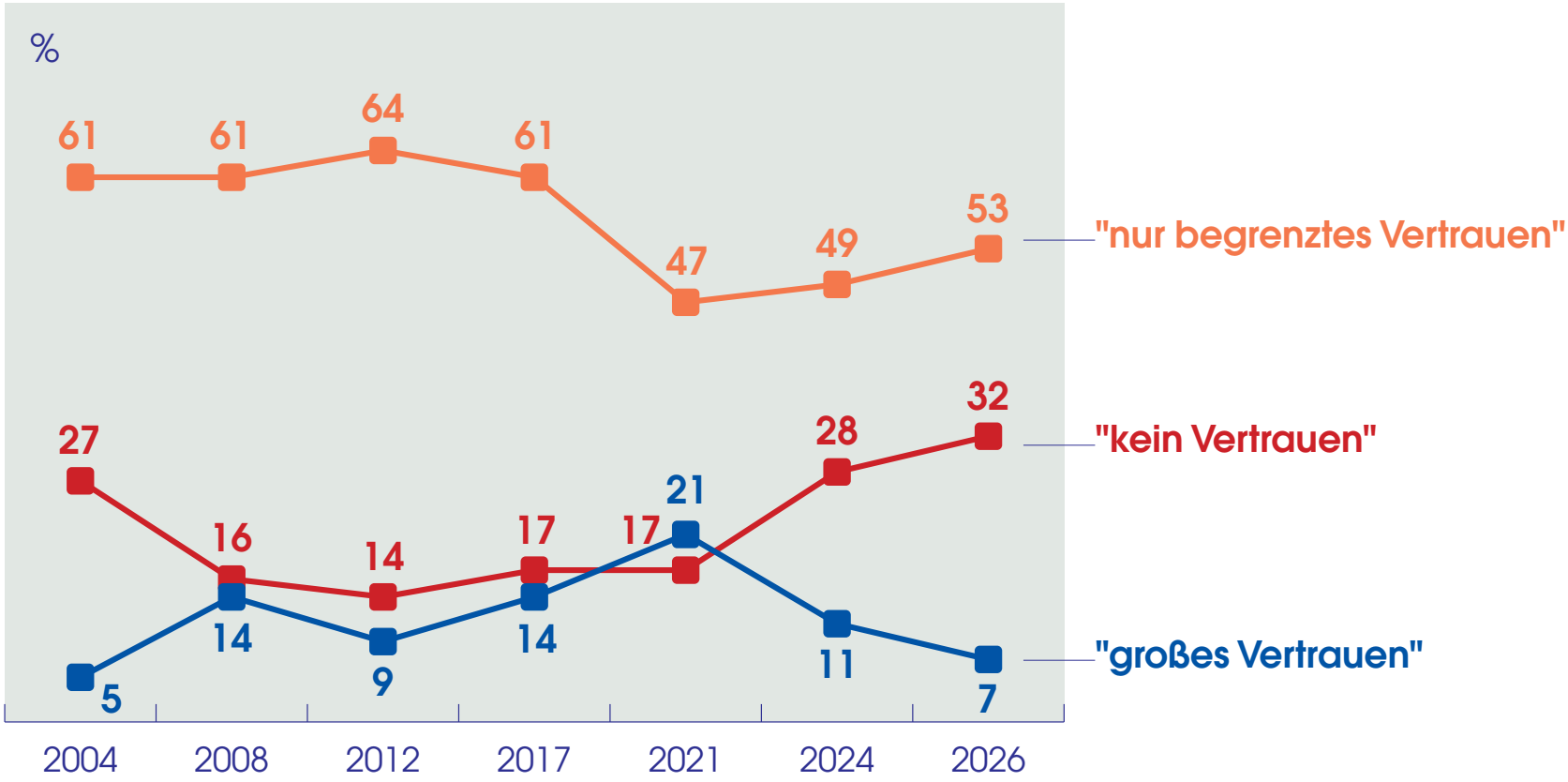


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023

© IfD-Allensbach

Nur begrenztes Vertrauen in die Politik

Frage: "Wenn Sie einmal an die Probleme und Aufgaben denken, die jetzt und in Zukunft in Angriff genommen werden müssen: Wie groß ist da Ihr Vertrauen, dass unsere Politik die Probleme auch in den Griff bekommt? Würden Sie sagen, Sie haben da ..."

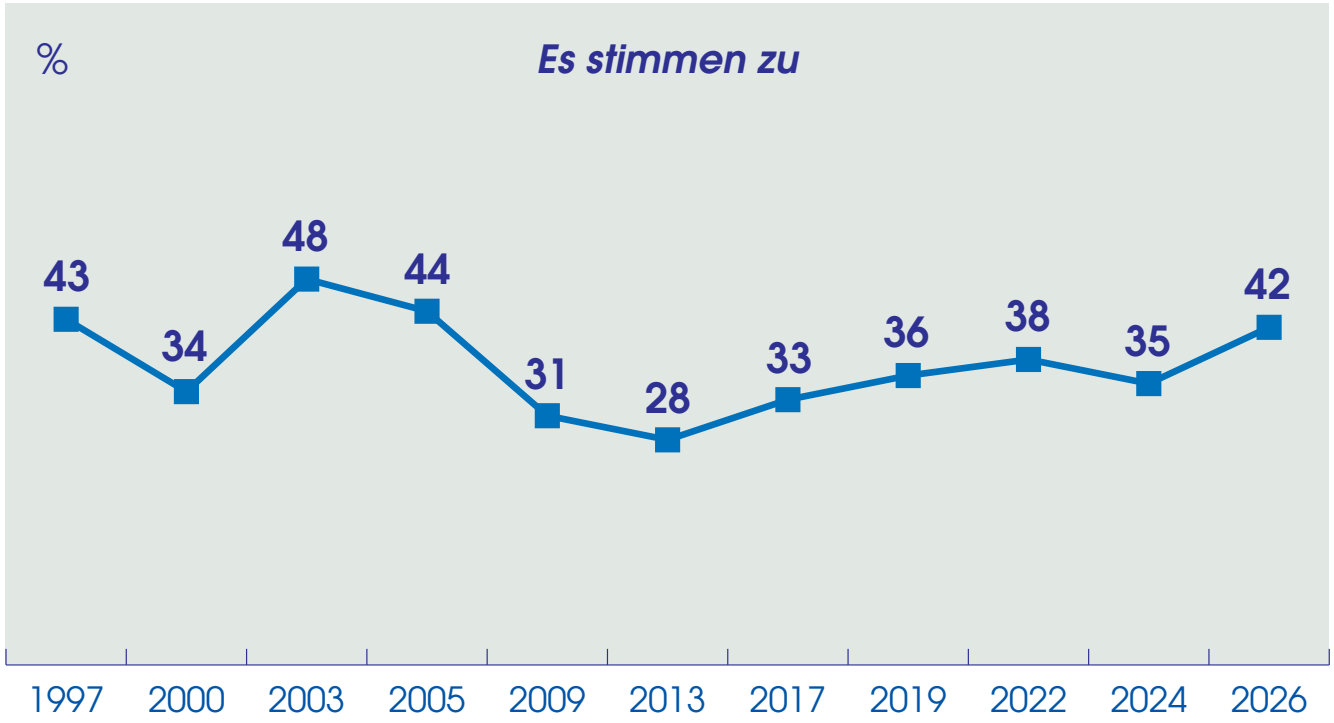


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13023

© IfD-Allensbach

Systemzweifel

"Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern."

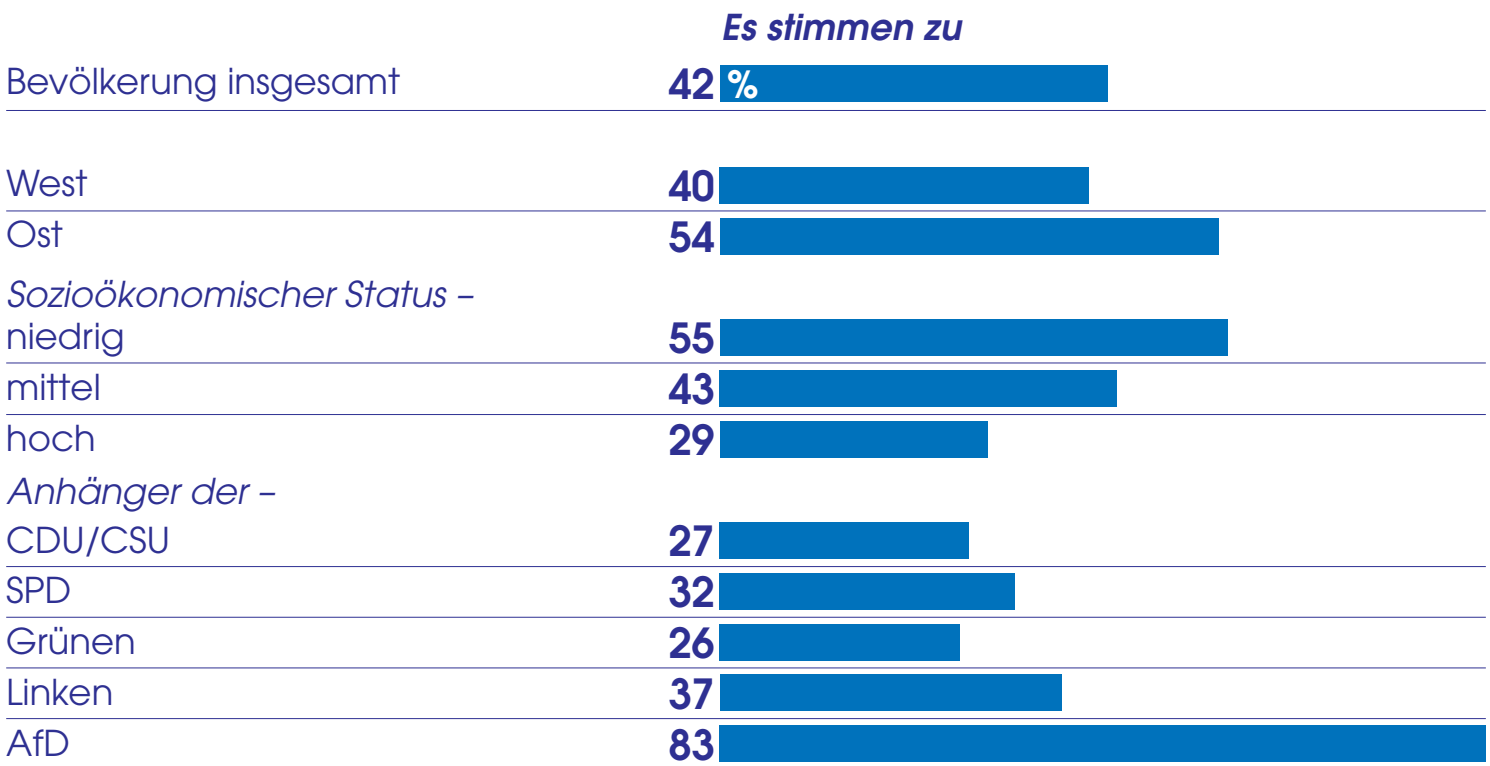


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13023

© IfD-Allensbach

Systemzweifel besonders ausgeprägt bei Anhängern der AfD

"Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern."

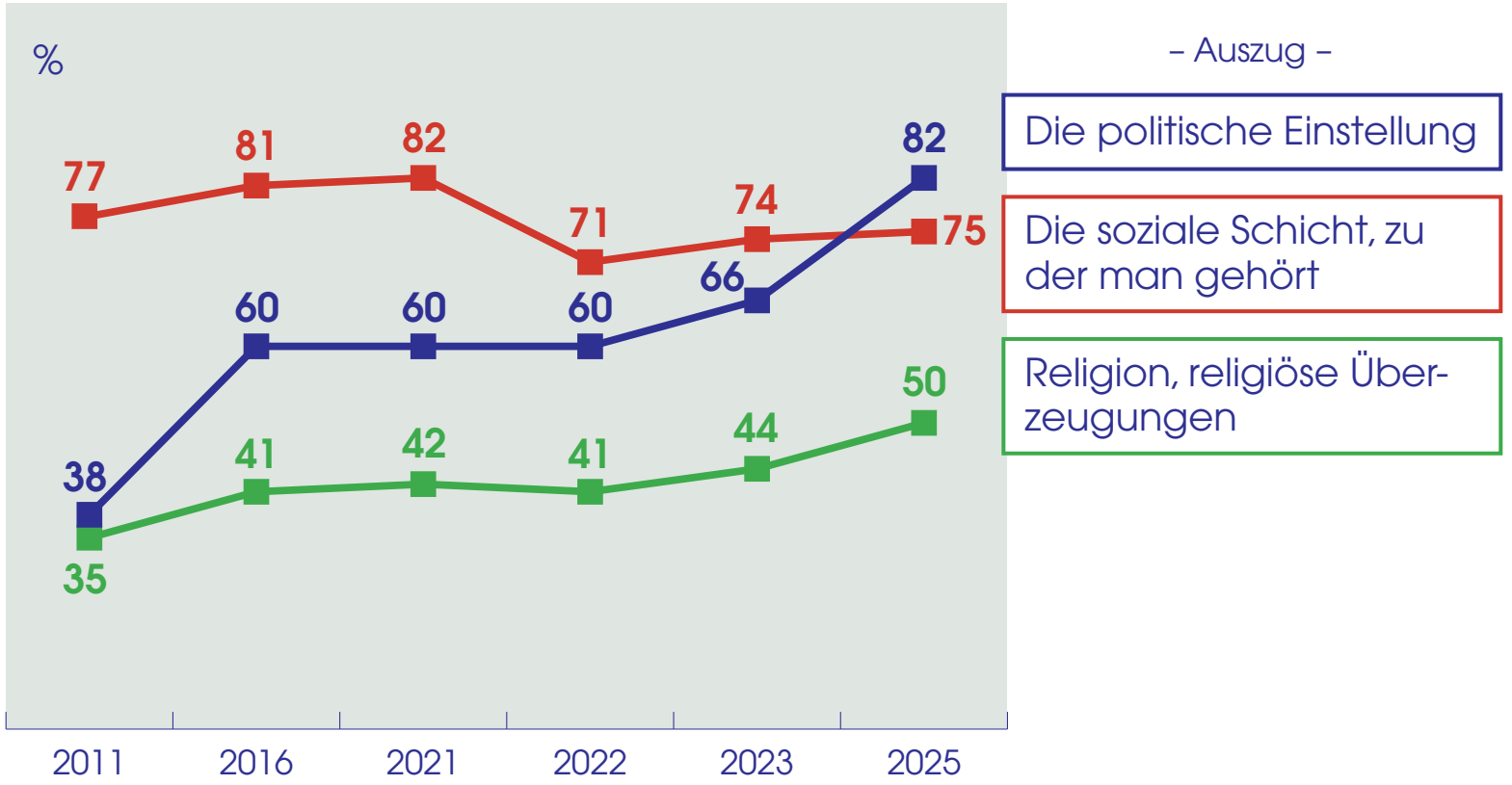


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13023

© IfD-Allensbach

Immer mehr der Eindruck weltanschaulicher Polarisierung

Frage: "Was sind in Deutschland die eigentlichen Gegensätze: Was trennt, was unterscheidet die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13011

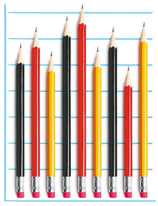
© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 222
vom 24. September 2026, S. 8, unter dem Titel:

"Ein verunsichertes Land. Die Krisen belasten die Bevölkerung. Immer mehr sehen die Lösung in einem anderen politischen System."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Ein verunsichertes Land



Die Krisen belasten die Bevölkerung. Immer mehr sehen die Lösung in einem anderen politischen System.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Die vergangenen sieben Jahre waren von einer Aneinanderreihung multipler Krisen geprägt, die die Stimmungslage und das Zukunftsvertrauen der Bevölkerung angegriffen haben. Nur kurz konnten die Menschen nach der Pandemie aufatmen, ehe der Ukrainekrieg ausbrach, die Energieversorgung in Gefahr geriet, die Inflation steil anstieg, die wirtschaftliche Schwächephase sich verfestigte, die Krise in Schlüsselindustrien die deutsche Selbstgewissheit angriff und schließlich die Reformdebatten über Jahrzehnte aufgelaufene Versäumnisse bewusst machten.

Durch die Krisen und Herausforderungen fühlt sich die überwältigende Mehrheit belastet, jeder Zweite stark; nur sechs Prozent sind weitgehend unbeeindruckt. Vor allem die wirtschaftlichen und militärischen Risiken beunruhigen die Bürger, aber auch politische Veränderungen. Neuerdings durch die Entwicklung der Energiepreise wieder angetrieben, löst die Inflation Ängste aus, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. 73 Prozent sind über die Preisentwicklung beunruhigt, 62 Prozent generell über die wirtschaftliche Lage.

Wie die Inflation waren auch militärische Risiken über Jahrzehnte weitgehend vom Radar der Bevölkerung verschwunden. Erst der Ukrainekrieg zerstörte die Illusion langfristig gesicherter Friedenszeiten in Europa, und mittlerweile ist den meisten auch bewusst, dass selbst ein Ende dieses Krieges keine Entwarnung bringen würde. Die Bedrohung durch Drohnen und Cyberangriffe beunruhigt 60 Prozent der Bevölkerung, die russische Aggression jeden Zweiten. Dazu kommt die Politik des amerikanischen Präsidenten, die in diesen Krisenzeiten das Vertrauen in verlässliche Bündnisse unterminiert. Auch die innenpolitischen Entwicklungen, die zunehmende Polarisierung, die mit dem Erstarken der AfD einhergeht, lösen tiefe Besorgnis aus, allerdings im Westen weitaus mehr als im Osten.

Die wirtschaftlichen Probleme greifen diesmal weit mehr in das Leben der Bürger ein als die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009. Damals zogen 41 Prozent die Bilanz, dass die Krise sie überhaupt nicht betrifft; heute gilt dies nur für 15 Prozent. Zwar sieht sich nur eine Minderheit von 13 Prozent stark betroffen; das ist jedoch eine Verdopplung gegenüber der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, und mehr als verdoppelt hat sich auch der Anteil, der von begrenzten Auswirkungen der unbefriedigenden wirtschaftlichen Lage berichtet – von 20 auf 43 Prozent.

Um die Belastungen und Risiken zu verarbeiten und sich nicht niederdrücken zu lassen, fokussieren sich die meisten auf ihr eigenes überschaubares und auch weitgehend beeinflussbares Leben. 74 Prozent sprechen mit Familie und Freunden über die aktuellen Ereignisse, 59 Prozent konzentrieren sich vor allem auf ihr persönliches Umfeld und ihr Leben. Knapp jeder Vierte versucht, der Nachrichtenlage auszuweichen, und informiert sich bewusst nur wenig über das aktuelle Geschehen; umgekehrt informiert sich ein Drittel der Bevölkerung mehr als sonst.

35 Prozent berichten von vermehrten Zukunftsängsten, 30 Prozent, dass sie das Vertrauen in Politik und Staat verloren haben, 27 Prozent von Ohnmachtsgefühlen. All diese Reaktionen treten in den schwächeren sozialen Schichten signifikant häufiger auf als in den mittleren und höheren Schichten. So berichten in den schwächeren Schichten 48 Prozent von vermehrten Zukunftsängsten, in den höheren Schichten dagegen nur 22 Prozent. In Krisenzeiten driftet die Stimmungslage der sozialen Schichten stärker auseinander, da sich die höheren Schichten deutlich besser für unsichere Zeiten gerüstet fühlen.

Bei aller Besorgnis ist die große Mehrheit keineswegs fatalistisch gestimmt. Zwar ist der Bevölkerung bewusst, wie stark zurzeit exogene Einflüsse die Lage Deutschlands beeinflussen. Nur jeder Fünfte zieht daraus jedoch den Schluss, dass Deutschland kaum Spielräume hat, seine Situation zu verbessern, sondern letztlich den globalen Entwicklungen und Entscheidungen in anderen Ländern ausgeliefert ist. Die überwältigende Mehrheit ist dagegen überzeugt, dass Deutschland auch in diesem Umfeld erheblichen Spielraum hat, die eigene Situation zu verbessern – vorausgesetzt, es werden die richtigen Entscheidungen getroffen.

Das Vertrauen, dass die Politik diese Entscheidungen trifft und die Herausforderungen sukzessive erfolgreich bewältigt, ist zurzeit allerdings begrenzt. Nur sieben Prozent haben aktuell großes Vertrauen in die Politik, 53 Prozent nur begrenztes Vertrauen. Jeder Dritte spricht der Politik dezidiert sein Misstrauen aus; vor fünf Jahren lag dieser Anteil nur bei 17 Prozent, stieg aber schon in der Zeit der Ampelregierung auf 28 Prozent. Die Langzeitbeobachtung zeigt allerdings, dass das derzeitige Stimmungsbild keineswegs völlig neu und einmalig ist. In der zweiten Amtszeit von Rot-Grün, die von Reformdebatten und unbefriedigenden Wirtschaftsdaten geprägt war, bekundeten nur fünf Prozent großes Vertrauen, dass die Politik die Probleme in den Griff bekommt, während 61 Prozent nur begrenztes und 27 Prozent keinerlei Vertrauen hatten.

Auch ein anderer Langzeittrend zeigt Parallelen zu der Zeit, als die rot-grüne Regierung unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage die Agenda 2010 aufsetzte. 2003 war fast die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland unaufhaltsam auf eine große Krise zusteuert, die mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten nicht zu bewältigen ist, sondern nur durch grundlegende Veränderungen des politischen Systems. Auch 2005 lag dieser Anteil noch bei 44 Prozent und bildete sich erst in den Jahren danach bis auf 28 Prozent zurück. Dann nahmen die Systemzweifel wieder zu und liegen zurzeit bei 42 Prozent und damit wieder nahe an dem Stimmungsbild von 2005.

Ein wesentlicher Unterschied zu damals ist jedoch die Existenz und Stärke einer Partei, die Systemzweifel zum Programm erklärt. Die Überzeugung, dass das politische System grundlegend verändert werden muss, ist überdurchschnittlich in Ostdeutschland und in den schwächeren sozialen Schichten verbreitet, vor allem jedoch unter Anhängern der AfD: 83 Prozent der Gefolgsleute der AfD hängen dieser Position an, die bei den Anhängern aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien eine Minderheitenposition ist.

Die Frage ist jedoch, wie umfassend die Systemzweifel sind, ob sie sich grundsätzlich gegen die demokratische Ordnung richten oder nur gegen die Ausgestaltung dieser Ordnung wie beispielsweise die föderale Struktur, die Regeln für Abstimmungsprozesse, die Gestaltung als repräsentative Demokratie weitgehend ohne plebiszitäre Elemente oder auch die Ausgestaltung des Wahlrechts. Es gibt weit verbreitet ein Unbehagen über die mühsamen Abstimmungsprozesse, die Langsamkeit der Entscheidungen, auch Zweifel am föderalen System und Wünsche nach mehr plebiszitären Elementen – ohne dass dies automatisch ein Votum gegen eine demokratische Grundordnung wäre, sondern Ausdruck der Überzeugung, dass diese Ordnung optimiert werden müsste.

Bei den Anhängern der AfD fällt auf, dass sie im Gegensatz zur Bevölkerung insgesamt in hohem Maße nicht Verbesserungen der demokratischen Ordnung anstreben, sondern Fundamentalkritik äußern. Nur eine Minderheit der Bevölkerung, aber 69 Prozent der AfD-Sympathisanten sind mit der demokratischen Grundordnung generell unzufrieden. Während zwei Drittel der Bevölkerung die Demokratie für die beste Staatsform halten, schließen sich nur 37 Prozent der AfD-Anhänger dieser Position an. Dass sich die Probleme des Landes im Rahmen der demokratischen Ordnung lösen lassen, davon ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, aber nur 23 Prozent der AfD-Anhänger.

Die überwältigende Mehrheit der AfD-Sympathisanten hält das derzeitige politische System für eine Scheindemokratie, die den Bürgern keinerlei Mitsprache erlaubt; 32 Prozent der Bevölkerung halten dieses Verdikt für gerechtfertigt, aber 73 Prozent der AfD-Anhänger. Nicht nur die exzessive Kritik fällt auf, sondern auch die geringe Bereitschaft, irgendetwas zugunsten dieser Gesellschaftsordnung gelten zu lassen. Für die Mehrheit der Bevölkerung steht außer Frage, dass das demokratische System viele Freiheiten garantiert; nur 25 Prozent der AfD-Parteigänger sind bereit, dies anzuerkennen.

Auch wenn Systemzweifel zugenommen haben, traut nur eine Minderheit der Bevölkerung autoritären Systemen mehr zu. Das gilt für die Steuerung von Migration wie für die Bewältigung militärischer Risiken, aber auch für Felder wie Inflationsbekämpfung oder Energiepolitik. So sind 57 Prozent der Bürger überzeugt, dass die Demokratie den Herausforderungen der Flüchtlingspolitik eher gewachsen ist als autoritäre Staatsformen, die hier nur 24 Prozent im Vorteil sehen. 48 Prozent halten auch die Demokratie für besser geeignet, mit militärischen Krisen umzugehen, 25 Prozent autoritäre Staatsformen.

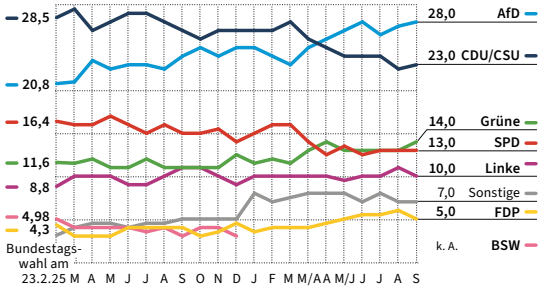
Das Votum der AfD-Anhänger fällt jedoch anders aus. Von ihnen trauen nur 22 Prozent der Demokratie eher zu, die Herausforderungen von ungesteuerter Fluchtmigration zu lösen, 52 Prozent autoritären Systemen. 44 Prozent halten autoritäre Systeme auch für besser geeignet, um mit militärischen Krisen umzugehen, 29 Prozent ein demokratisches System.

Damit steht die AfD für eine Abkehr von der politischen Ordnung der Bundesrepublik wie auch von dem Koordinatensystem, das die alte Bundesrepublik und auch die ersten Jahrzehnte des wiedervereinigten Deutschlands bestimmte. Die Mehrheit der Bevölkerung hält Werte und Prinzipien wie die Einbindung in die NATO und die EU, Weltoffenheit und Toleranz für essenziell, dagegen nur eine Minderheit der AfD-Anhänger: Nur jeder Dritte von ihnen hält die Einbindung in die NATO für wichtig, 31 Prozent die Mitgliedschaft in der EU, 25 Prozent Weltoffenheit. Entsprechend fällt auch die Reaktion auf aktuelle Entscheidungen wie beispielsweise die Unterstützung der Ukraine völlig anders aus. AfD-Anhänger votieren mit einer Zweidrittelmehrheit dafür, vor allem die Kontakte zu Russland wieder aufzubauen und zu stärken.

In der Bevölkerung wächst die Wahrnehmung tiefer ideologischer Gräben. 82 Prozent sind mittlerweile überzeugt, dass heute vor allem die politischen Überzeugungen die Menschen trennen und Deutschland immer mehr zu einem gespaltenen Land wird.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)

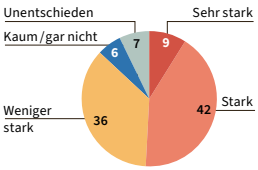


Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 4.–16.9.2026, 1051 Befragte / F.A.Z.-Grafik: fbr.

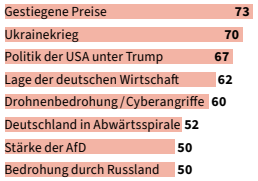
Wenig Vertrauen in das politische Krisenmanagement

Angaben in Prozent

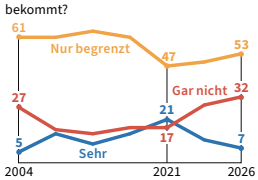
Wie sehr belasten Sie derzeitige Krisen und Herausforderungen in der Welt?



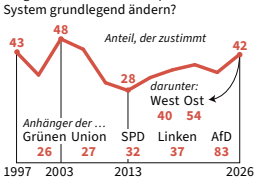
Was beunruhigt Sie am meisten?
(Antworten nach Liste)



Wie sehr vertrauen Sie darauf, dass unsere Politik die Probleme in den Griff bekommt?



Können wir einer ganz großen Krise nur entgehen, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 4.–16.9.2026, 1051 Befragte / F.A.Z.-Grafik: fbr.